

Entwicklung als „Entlastungstat“?

Internationale Zusammenarbeit im Kontext des srilankischen Bürgerkrieges

Benedikt Korf

„Es mag sein, daß der Krieg die mit anderen Mitteln geführte Politik ist – aber ist nicht die Politik selber der Krieg, der mit anderen Mitteln geführt wird?“ (S. 8)¹

Es ist Michel Foucault, der den Clausewitz'schen Satz umdreht und dabei noch anmerkt, nicht er, Foucault, habe Clausewitz auf den Kopf gestellt, sondern dieser habe einen vor ihm zirkulierenden Satz aus dem 17./18. Jahrhundert umgedreht. In jener Zeit habe sich der Alltagskrieg - oder Privatkrieg - innerhalb der Gesellschaftskörper zu Kriegshandlungen zwischen Staatsmächten weiterentwickelt. Der Krieg wurde zu einem „professionellen und technischen Monopol eines sorgfältig definierten und kontrollierten Militärapparates“ (S. 9). Mittlerweile beobachten Friedens- oder besser Kriegsforscher wieder eine Tendenz zu Privatkriegen, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die nicht mehr zwischen Staatsmächten – die oft nur noch auf dem Papier existieren – sondern innerhalb von Staaten und Gesellschaftssystemen stattfinden. Dabei denkt man unweigerlich an die Bandenkriege in verschiedenen Regionen Afrikas oder an ethnische Auseinandersetzungen in Asien. Im Balkan wurden Teile der Gewalttätigkeit privatisiert und auf dem ökonomischen Markt der Gewalt dargeboten.²

Im gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskurs nehmen die Themen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung eine prominente Rolle ein. Die Debatte findet auf verschiedenen Argumentationsebenen statt. Zum einen wird vorgebracht, daß man bei der zunehmenden Zahl gewalttätiger Konflikte nicht tatenlos beiseite stehen könne. Prävention – also die Vermeidung von Gewalt und Kriegen – komme auch ökonomisch günstiger als Nachsorge, von den humanistischen Aspekten ganz zu schweigen. Zum anderen geht es um die Frage, wie sich internationale Zusammenarbeit und

humanitäre Hilfe in bereits eskalierten Konflikten verhalten soll. Mit dem Postulat „do no harm“ soll vermieden werden, daß die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit wie auch humanitäre Hilfe zu einer Verschärfung von Konfliktaustragung selbst beiträgt. Gleichzeitig können Nothilfe, Rehabilitierungsmaßnahmen und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure „strukturelle Stabilität“ fördern und langfristig Bedingungen für eine friedvolle Konfliktaustragung schaffen.

Skeptiker haben in diesem Zusammenhang verschiedene Fragen aufgeworfen, die sich vor allem mit der Rolle von Entwicklungsprojekten oder humanitären Hilfsmaßnahmen in einem spezifischen Konfliktumfeld auseinandersetzen. Selbst gutgemeinte und wohlgedachte Maßnahmen können in ihrer Summe nicht nur *nicht* den erwünschten Effekt erzielen, sondern sogar kontraproduktiv wirken. Entwicklungszusammenarbeit nimmt gerade nicht eine neutrale Rolle in Konflikten wahr, sondern greift in bestehende politische, ökonomische und soziale Beziehungen ein, sie wird ein Akteur im bestehenden sozio-politischen System. Projekte kanalisieren ihre Finanzen und Ressourcen auf die eine oder andere Weise durch bestehende Organisationen und ergreifen damit Partei, weil sie diese und nicht andere Partner ausgewählt haben. In Konfliktsituationen besteht die Gefahr, daß sie mit ihrer selektiven Zusammenarbeit „gut“ und „böse“ kodieren.³ Auf der anderen Seite droht der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die Signifikanz- oder Irrelevanzfalle: Sowohl quantitativ als auch qualitativ bleiben die Einwirkungsmöglichkeiten von Projekten beschränkt: Zum einen fehlen die Mittel, um eine signifikante Hebelwirkung erzielen zu können. Zum anderen wird es einem von außen kommenden, einer anderen Rationalität unterworfenen System schwer fallen, Zugang zur Welt der Emotionen zu finden,

die Konflikte erst zu Krisen und gewalttätigen Auseinandersetzungen eskalieren lassen.⁴

Welche Rolle können Entwicklungsprojekte dann in Konfliktsituationen einnehmen und wo liegen die Grenzen ihrer Einwirkungsmöglichkeit?

Akteur auf verschiedenen Ebenen

Bevor wir diese Frage vor dem Hintergrund des srilankischen Konfliktes diskutieren können, ist es wichtig, sich die verschiedenen Ebenen bewußt zu machen, auf denen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aktiv wird. Auf der nationalen Ebene (Makroebene) handelt staatliche Zusammenarbeit vor allem durch die Regierungsverhandlungen zur Definition der Leitlinien und Rahmenbedingungen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Partnerland. Hier kann eine Geberregierung versuchen, Einfluß auf die Rolle einer Nehmerregierung als Konfliktpartei auszuüben. Die Wirkung dieser Einflußnahme wird davon abhängen, wie sehr die jeweilige Nehmerregierung auf die Entwicklungsgelder der Geberregierung angewiesen ist und inwieweit sie mit Sanktionen bei „nichtgewolltem“ Verhalten zu rechnen hat. In der Vergangenheit scheinen in Sri Lanka viele Regierungen eher die Erfahrung gemacht zu haben, diesen Politikdialog mit den jeweiligen Gebern „abzuhaken“ um dann zum *business as usual* überzugehen. In dieses Bild paßt auch, daß bis heute nur selten eine effektive Geberkoordinierung gelingt, die eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Konditionierung von Entwicklungshilfe darstellt. Für nichtstaatliche Entwicklungsarbeit ist die Einflußmöglichkeit auf dieser Ebene noch geringer und kann nur indirekt über Lobbyarbeit und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen erreicht werden.

Auf der Mesoebene eines Distriktes oder einer Region stellen Projekte im



Polizist an einem Checkpoint in Muthur, Trincomalee-Distrikt (Foto: Dedo Geinitz)

Sinne der Theorie der strategischen Gruppen eine strategische Ressource dar, um die verschiedene Akteure in einer *Arena of Struggle* des Projektumfeldes konkurrieren.⁵ Akteure in diesem Feld sind einerseits das Projektmanagement selbst, die *counterparts*, also die lokalen Partnerinstitutionen und ihre Mitarbeiter, und außerdem verschiedene Fraktionen auf Zielgruppenebene. Hinzu kommen lokale Institutionen, die nicht direkte Partner des Projektes sind, dessen Arbeit aber beeinflussen können sowie weitere bi- und multilaterale Entwicklungsagenturen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die mit eigenen Projekten im lokalen sozio-politischen System agieren. Gleichzeitig greifen Maßnahmen der Projekte in die bestehenden Machtverhältnisse auf der Mikroebene eines Dorfes ein. Die vielfach postulierte These von der Homogenität traditioneller dörflicher Gesellschaften verdeckt tatsächlich vorhandene Machtstrukturen und damit verbundene Konflikte.

Bei einer Analyse der Einwirkungsmöglichkeiten von EZ-Maßnahmen auf Konfliktfelder, als auch bei der Abschätzung des Einflusses von Konfliktdynamiken auf die Arbeit eines Projektes muß genau unterschieden werden, auf welcher der oben genannten Ebenen der Konflikt ursächlich ausgetragen wird. Nur dann kann die Einwirkungsmöglichkeit von EZ-Interventionen auf Konfliktfelder analysiert und eingeschätzt werden. Außerdem muß eine Analyse erfassen, inwieweit das durch den Konflikt dynamisierte sozio-politische System die Arbeit von EZ-Maßnahmen einschränkt und behindert.

Krieg oder Frieden in Sri Lanka?

Die aktuellen Nachrichten von der Tropeninsel sind wieder einmal ambivalent. In der internationalen Presse war in den letzten Monaten von Vermittlungsbemühungen der norwegischen Diplomatie zu lesen. Sogar der geheimnisum-

witterte Führer der Tamilentiger traf den norwegischen Emissionär – ein historischer Schritt. Also ein Funken Hoffnung? Oder doch nur der Strohalm, an dem sich alle klammern? Im Nordosten, wo der Bürgerkrieg nun schon seit fast zwanzig Jahren tobt, war von Entspannung nichts zu spüren. Trotz der einseitig verkündeten Waffenruhe der Tamilentiger, deuten die spärlichen Informationen auf eine Verschärfung der Auseinandersetzungen an der militärischen Front im Norden vor Jaffna hin. Die Armee, gestärkt durch jüngste Waffenkäufe, versucht, im letzten Jahr verlorenes Terrain zurückzuerobern. Sollen da noch neue Realitäten geschaffen werden, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt? Und nutzen die „Rebellen“ den Waffenstillstand vielleicht nur, um ihre Arsenale aufzufüllen, wie von Regierungsseite behauptet? Im militärischen Schlagabtausch als auch in der Propaganda kämpfen beide Seiten, Armee und Tamilentiger, mit harten Bandagen.

Die jüngsten Parlamentswahlen im Oktober letzten Jahres haben zwar die Regierungskoalition knapp bestätigt, die Friedenslobby scheint jedoch eher schwächer geworden zu sein. Der buddhistische Klerus übt weiterhin eine wichtige Meinungsführerschaft in chauvinistischen sinhalesischen Kreisen aus. In der Regierung nehmen auch weiterhin erklärte Friedensgegner Schlüsselpositionen ein. In Sri Lanka kursiert das Wort von der Regierung mit den drei Gesichtern: Die reform- und friedenswillige Präsidentin mit einzelnen reformwilligen Ministern zeigt sich auf internationalem Parkett als verhandlungsbereite Regierung. Der Premierminister und die Mehrzahl seiner Minister wiederum bedienen die nationalistisch-chauvinistischen Gefühle und Interessen der eigenen – sinhalesischen – Wählerschaft im Zentrum und Süden des Landes, die einer Einigung skeptisch gegenüber stehen. Im Konfliktgebiet des Nordens und Ostens setzt die Armee und Polizei die lokale tamilische und muslimische Bevölkerung unnötigen Schikanen aus und zeigt damit in den Augen vieler Tamilen die brutale Fratze einer fremden Besatzungsarmee.

Sinhala only!

Es gibt in Sri Lanka nicht *den* Konflikt als solches, sondern vielmehr eine Reihe inter-ethnischer als auch intra-ethnischer Konflikte. Die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den tamilischen Befreiungstigern und der Armee ist jedoch derzeit derjenige Konflikt, der die Gesellschaft und Politik in Sri Lanka am meisten prägt. Wenn über die Ursachen dieses Makro-Konfliktes zwischen tamilischer Minderheit und sinhalesisch-buddhistischer Mehrheit berichtet wird, erscheinen immer wieder Konstrukte einer politischen Geschichtsschreibung, die diese Auseinandersetzung als einen sich über Jahrtausende hinziehenden Kampf darstellen. Es scheint jedoch, daß der derzeitige sinhalesisch-tamilische Konflikt eher ein „Produkt“ der modernen Politik in Sri Lanka ist. Jüngere historische Erkenntnisse weisen darauf hin, daß in vor-kolonialer Zeit Königtum und politische Strukturen relativ indifferent gegenüber der kulturellen und linguistischen Zusammensetzung der Bevölkerung war. Bis in koloniale Zeiten fanden Auseinandersetzungen eher an

religiösen, denn an linguistischen Trennlinien statt.⁶ Die aktuellen Auseinandersetzungen gehen auf die Kolonialzeit zurück. Seit der Jahrhundertwende fühlt sich eine buddhistisch-sinhalesische Elite von den Tamilen bedroht: die britische Kolonialverwaltung hatte sich in ihrem Beamtenapparat zu einem weit überproportionalen Anteil auf die Jaffna-Tamilen gestützt. Hinzu kommt, daß indischstämmige Tamilen, die in großer Zahl in der im zentralen Bergland von Kandy gelegenen Plantagenwirtschaft arbeiten, in den Augen vieler Sinhalesen zu einer Marginalisierung der dortigen sinhalesischen Bevölkerung beigetragen haben. Schließlich übt die kleine Minderheit der muslimischen Moors in der Ostprovinz und in Colombo einen erheblichen ökonomischen und politischen Einfluß aus.

Die sinhalesisch dominierten Regierungen verweigern bis heute der tamilischen Minderheit im Norden und Osten des Landes gleichberechtigten Zugang zu ökonomischen und politischen Ressourcen. Sie erreichen dies durch eine positive Diskriminierungspolitik und Patronagestrategie zugunsten der sinhalesischen Mehrheit – eine „sinhala only“-Strategie. Die Ausgrenzung der tamilischen Bevölkerung konzentriert sich vor allem auf drei Politikbereiche, die auch für die EZ von grundlegender Bedeutung sind und innerhalb derer EZ eine wichtige Rolle wahrnimmt. Es sind dies die Sprachenpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Umsiedlungspolitik. In der Wirtschaftspolitik führen Verstaatlichungsmaßnahmen zu einer Verdrängung von Tamilen aus wirtschaftlichen Schlüsselstellungen in der Ostprovinz, da bei der Besetzung von Stellen und der Verteilung von Aufträgen Sinhalesen bevorzugt werden. Weit bedrohlichere Formen nimmt die sinhalesische Siedlungs- und Kolonisierungspolitik für die tamilische Bevölkerung vor allem in der Ostprovinz an: sie droht die Tamilen zu einer Minderheit in ihrem eigenen Stammland zu machen. Von einer historisch-nationalistischen Ideologie untermauert, siedelte die Regierung in den 70er und 80er Jahren sinhalesische landlose Bäuerinnen und Bauern aus den südlichen Provinzen der Insel in dem nur geringfügig besiedelten Hinterland der (überwiegend tamilischen) Ostprovinz an: Den Tamilen droht nach eigener Wahrnehmung der Verlust der Kontrolle über ihren Siedlungsraum.

Architektur des Konfliktes

Die vordergründig auf eine ethnopolitische Trennlinie Sinhalesen – Tamilen hinauslaufende Konfliktdynamik wird durch innerhalb der ethnischen Gruppen schwelende Konflikte um Ressourcenverteilung und politische Macht weiter verkompliziert. So erlauben die gerade geschilderten Umsiedlungsmaßnahmen der Regierung, soziale Konflikte um Landknappheit im Süden des Landes zu verdrängen. Sie kann so eine für sie diffizile politische Regelung der Landfrage dort in den Nordosten „umleiten“. Weiterhin rekrutiert die Armee für die Kämpfe im Norden ihre Rekruten vornehmlich unter arbeitslosen Jugendlichen in den südlichen Regionen und trägt damit zu einem Abbau des latent vorhandenen Konfliktpotentials von arbeitslosen Jugendlichen bei. 1987 führte die ungerechte Landverteilung und die damit verbundene ökonomische Perspektivlosigkeit der sinhalesischen Jugend im Süden zu einem großflächigen marxistischen Jugendaufstand, der nur durch den Einsatz von Armee und Polizei unterdrückt werden konnte und der mehrere zehntausende Opfer unter den rebellierenden Jugendlichen gekostet haben soll.

Seit 1983 ist der schon lange schwelende Interessengegensatz und Konflikt zu einem Bürgerkrieg mit Phasen hoher Gewaltintensität und ruhigeren Perioden eskaliert. Die tamilischen Befreiungstiger (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE) halten mittlerweile weite Teile der Nordprovinz („Vanni“) mit Ausnahme der Halbinsel von Jaffna unter ihrer Kontrolle. Auch in der Ostprovinz gibt es sogenannte „uncleared areas“ unter der Kontrolle und indirekten Herrschaft der LTTE. In diesen Gebieten funktioniert die staatliche Verwaltung nur unter eingeschränkten Bedingungen und ist auf die Duldung der LTTE angewiesen.

In den über 15 Jahren des Konfliktes hat sich ein undurchsichtiges klientelistisches Geflecht von Korruption, Schiebereien und illegal erhobenen „Steuern“ entwickelt. In der lokalen politischen Ökonomie kochen verschiedene Akteure ihr eigenes Süsschen und schöpfen Mehrwert von der Bevölkerung ab: Die Armee kassiert Abgaben an den Checkpoints und für Passierscheine, während verschiedene bewaffnete Gruppen lokale Geschäftsleute „besteuern“. Die Tami-

lentiger erheben Abgaben in den von ihnen kontrollierten Gebieten und ziehen dort lukrative Gewinne aus dem von ihnen dominierten Handel mit seltenen Gütern (wie Zement, Treibstoffen). Das System erlaubt es auch, daß Materialien, deren Einfuhr in die von den Tamilentigern kontrollierten Gebieten eigentlich untersagt ist, auf verschiedenen Kanälen immer wieder den Weg in eben diese finden. Auf nationaler Ebene wiederum profitieren einflußreiche Kreise von korrupten Praktiken im Waffenhandel.

Internationale Zusammenarbeit in der Arena des Konfliktes⁷

Die gegenwärtige Kriegssituation, in der weite Teile des Nordens und auch einige Teile des Ostens als Kriegszone oder „uncleared area“, zumindest jedoch als Regionen mit hohem Unsicherheitsfaktor ausgewiesen sind, führt beinahe unweigerlich dazu, daß sich der Löwenanteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit auf die friedlichen Zonen des Landes konzentrieren, und dies sind die sinhalesischen Siedlungsräume. In der vom Krieg erschütterten Nordostprovinz konzentrieren sich die Maßnahmen stärker auf unmittelbare Flücht-

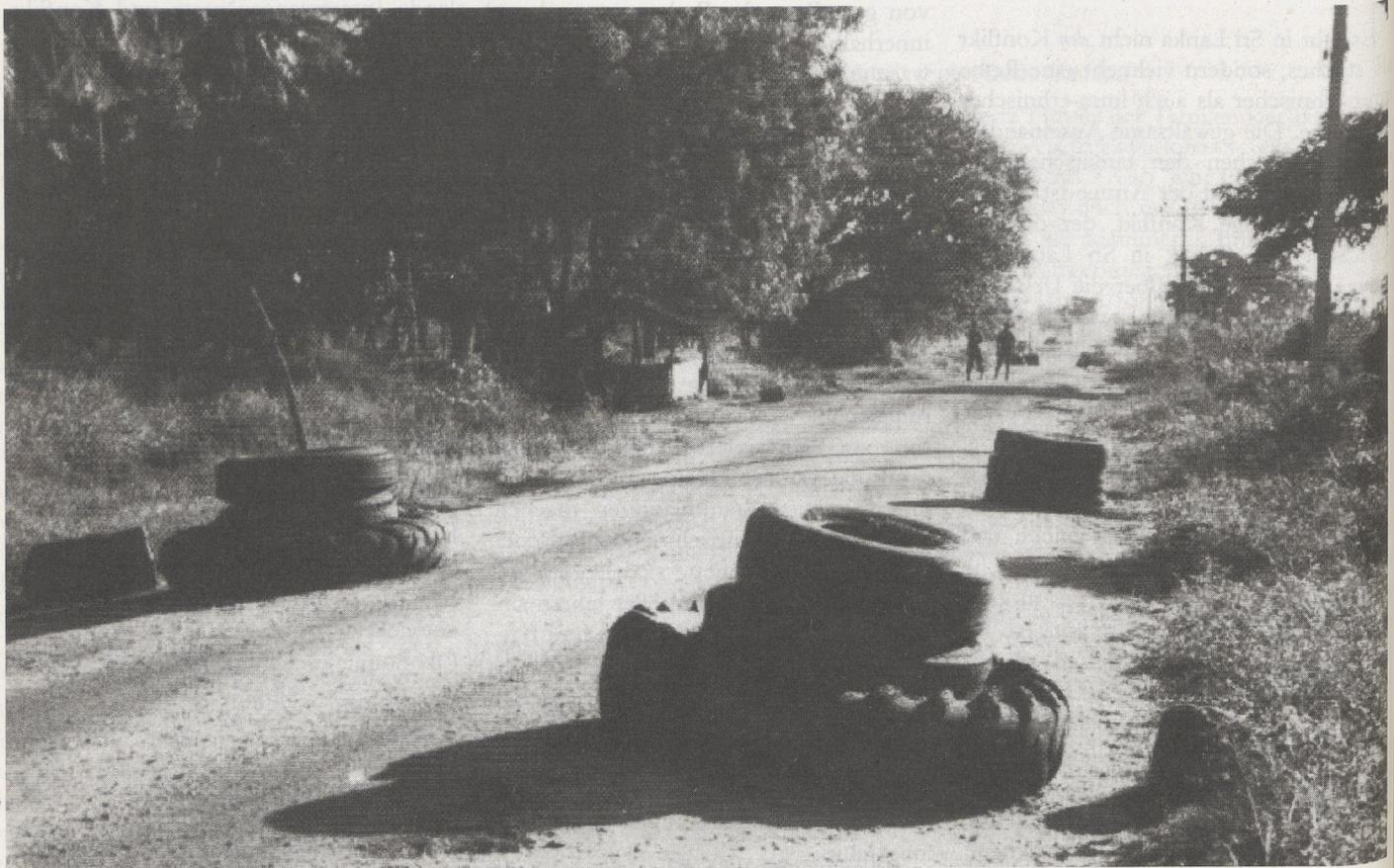
lingshilfe und Rehabilitationsmaßnahmen der zerstörten oder verwahrlosten Infrastruktur, jedoch kaum auf langfristig ausgerichtete Entwicklungsmaßnahmen. Dies ist auch verständlich: die Zukunft ist mit einem hohen Unsicherheits- oder Risikofaktor ausgestattet, da eine Wendung der Kampfhandlungen jederzeit wieder zu Vertreibungen und Zerstörungen führen kann.

Das Dilemma liegt darin, daß diese Situation den Interessen der Regierung und sie unterstützender nationalistisch-sinhalesischer Kreise entgegenkommt, da sie eine einseitige Förderung sinhalesischer Siedlungsräume quasi unumgänglich macht. Damit wird die Regierung einer Entscheidung über die inter-ethnische Verteilung von staatlichen Mitteln und Ressourcen enthoben, da der Krieg ihr ja keine andere Wahl zu lassen scheint. Hinzu kommt, daß die eigene Gefolgschaft der Regierung einer höheren Mittelallokation in tamilische Regionen nicht zustimmen würden. Die Regierung liefe damit Gefahr, ihre eigene Klientel nicht mehr zufriedenstellen zu können und damit als politische Stütze zu verlieren.

Die verschiedenen bi- und multilateralen Geber laufen Gefahr, sich über eine

Internationalisierung staatlicher Aufgaben von der Regierung instrumentalisieren zu lassen. Der vergleichsweise große Umfang der nach Sri Lanka – und hier in die sinhalesischen Siedlungsräume – fließenden bi- und multilateralen Entwicklungsgelder erlaubt der Zentralregierung, einen nicht unerheblichen Anteil ihrer Haushaltsmittel für die Finanzierung des Krieges zu verwenden. Darüber hinaus werden die nun in zunehmendem Maße stattfindenden Rehabilitationsmaßnahmen und die Flüchtlingshilfe im Nordosten weitgehend von internationalen Gebern und Nichtregierungsorganisationen, jedoch kaum von der Regierung finanziert. Es handelt sich hier gewissermaßen um eine „Entlastungstat“ der Geber: Sie übernehmen staatliche Aufgaben und ermöglichen so indirekt der Regierung die Finanzierung des Krieges.⁸

Einige Maßnahmen der deutschen EZ zielen auf einen Abbau des potentiellen Krisen- und Gewaltpotentials in den besonders von Armut betroffenen sinhalesischen Provinzen des Landes. Wie sich dies auf die Prozesse zur Überwindung des „Tamilen-Konflikts“ im Nordosten des Landes auswirkt, bedarf einer sensiblen Analyse. Der Bürgerkrieg erlaubt der Regierung, das in diesen Regionen



Polizeiposten in Pulmodai, Trincomalee-Distrikt (Foto: Ines Reinhard)

bestehende latente Gewaltpotential auf den Tamilen-Konflikt umzulenken. Über die Rekrutierung arbeitsloser Jugendlicher aus den potentiell konfliktanfälligen Provinzen für die Armee kann die Regierung das dortige Arbeitslosenproblem zumindest abmildern. Die konfliktmindernden Maßnahmen deutscher EZ, aber auch anderer Geber, können dabei sowohl positive als auch negative Wirkungen auf die Prozesse der Konfliktbewältigung im Norden der Insel haben: Einerseits können diese Maßnahmen dazu beitragen, durch eine Reduzierung des Konfliktpotentials innerhalb der sinhalaischen Bevölkerung den Druck auf die Regierung zu verringern, über anti-tamilische Reflexe diese Bevölkerungskreise politisch binden zu wollen. Andererseits entlasten sie die Regierung, die sonst diese Maßnahmen selbst ergreifen müßte, um ihr politisches Überleben zu sichern. Sie ermöglichen ihr, den Krieg zu finanzieren und gleichzeitig grundlegende Reformen, die zu Lasten ihrer direkten Klientel gehen würden, zu verschleppen.

Zunehmende Wiederaufbaumaßnahmen verschiedener Entwicklungsorganisationen im Nordosten sollen zu einer Konsolidierung und Stabilisierung dieser vom Bürgerkrieg erschütterten Region beitragen. Dies wird von der lokalen Bevölkerung als Zeichen der Solidarität geschätzt, daß die internationale Gemeinschaft sie nicht vergessen hat. Gleichzeitig entlasten sie jedoch die nationale Regierung davon, die notwendigen Aufbauleistungen selbst zu finanzieren. Eine erhöhte Mittelallokation in den Nordosten würde wahrscheinlich bei der eigenen Anhängerschaft auf scharfen Widerstand stoßen, würde dies doch weniger Mittel für sinhalaische Gebiete bedeuten. Schon jetzt macht sich Unmut in den Sinhalaischen Provinzen breit, die den Gebern vorwerfen, sich zu stark auf die Konfliktgebiete im Nordosten zu konzentrieren. In Zukunft, und insbesondere in einer Postkonfliktsituation, steht zu befürchten, daß es noch zu verschärften politischen Auseinandersetzungen über die Ressourcenzuteilung des Staates kommen wird.

Im gegenwärtigen Diskurs der entwicklungspolitischen Theoretiker und Praktiker werden den Projekten im Nordosten oft potentiell konfliktmildernde Wirkungen zugeschrieben. Als Argument wird genannt, die Stabilisie-

rung der Region und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft würden es den Bürgerkriegsparteien erschweren, in diesen Regionen die Kampfhandlungen erneut eskalieren zu lassen und die wiederaufgebaute Infrastruktur wieder zu zerstören. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die Logik der militärischen Auseinandersetzungen eher von makropolitischen und eben militärstrategischen Gesichtspunkten abhängt, als sich von lokalen Entwicklungsmaßnahmen beeinflussen zu lassen. So haben die gewalttätigen Zwischenfälle in der Ostprovinz in den letzten Jahren trotz erhöhtem Engagement verschiedener Entwicklungsorganisationen eher zudenn abgenommen; die Konfliktsituation dort hängt in starkem Maße von der aktuellen Frontsituation im Norden der Insel ab.

Sri Lanka wird häufig als ein Land bezeichnet, das „over-aided“ ist – verschiedene bi- und multilaterale Geber stehen Schlange mit Projektvorhaben. Die verschiedenen Maßnahmen in der Konfliktregion als auch das intensive Engagement der verschiedenen Geber in den sinhalaischen Siedlungsgebieten könnten die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft der srilankischen Regierung eher eingeschränkt haben: Solange der Druck auf die Regierung nicht mit ernsthaften Mitteln wie z.B. einer Konditionierung von Mittelzusagen durch die internationale Gebergemeinschaft tatkräftig unterstrichen wird, überwiegen eventuell für die Regierung - oder zumindest für einige einflußreiche Kreise - bei rationaler Abwägung von Nutzen und Kosten des Krieges die politischen Vorteile einer Fortführung der Auseinandersetzungen. Zu viele Akteure profitieren von der Ökonomie der Gewalt.

Es muß deshalb auch diskutiert werden, inwieweit die bi- und multilaterale Entwicklungshilfe *an sich* im Fall von Sri Lanka konfliktverlängernd wirkt. Es reicht nicht aus, Wirkungen einzelner Maßnahmen lediglich für den eigenen lokalen Kontext zu beobachten. Die grundlegende Frage ist, inwieweit lokale Maßnahmen nicht auch zu einer Stabilisierung bestehender Konfliktfelder im Gesamtzusammenhang des Konfliktes beitragen und eventuell den Willen zur Konfliktlösung der beteiligten Akteure reduzieren können. Entwicklungszusammenarbeit kann zur Entlastungstat für Konfliktakteure durch eine Interna-

tionalisierung staatlicher Aufgaben werden.

Der Autor ist Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als freiberuflicher Berater in der Entwicklungszusammenarbeit.

ANMERKUNGEN

¹ Michel Foucault (1986): *Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte*. Merve Verlag: Berlin.

² Anschaulich hierzu: Elwert, Georg (1997): *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: Trutz von Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt*, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Westdeutscher Verlag: Opladen.

³ Vgl. Schlichte, Klaus (2000): *Die Entwicklungszusammenarbeit und die Dynamik von gewaltsamen Konflikten*. In: Fahrenhorst, Brigitte (Hg.): *Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten*. (SID-Berlin-Berichte 11), Berlin, S. 45-54

⁴ Dazu Musto, Stefan (2000): *Wer Gewalt sät, erntet EZ? Einige Überlegungen zur Genese, Kasernierung und Prävention von Gewalt*. Ebenfalls in dem von Brigitte Fahrenhorst herausgegebenen Tagungsband (S. 21-31).

⁵ Vgl. Bierschenk, Thomas (1988): *Entwicklungshilfeprojekte als Verhandlungsfelder strategischer Gruppen*, Sozialanthropologische Arbeitspapiere der FU Berlin Nr. 8, Berlin.

⁶ Vgl. dazu Spencer, J. (Hg.) (1990): *Sri Lanka. History and Roots of Conflict*. London & New York.

⁷ Die OECD hat eine Studie in Auftrag gegeben, um die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Zusammenarbeit als Akteur der Konfliktbearbeitung auszuloten: Bush, Kenneth (1999): *The Limits and Scope for the Use of Development Assistance Incentives and Disincentives for Influencing Conflict Situations, Case Study: Sri Lanka*, (OECD/DAC: Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Cooperation), Paris. Davor hatte bereits das BMZ eine Studie in Auftrag gegeben, um die Wirkungen von EZ auf den Konflikt in Sri Lanka zu untersuchen. Die Studie kommt zu einem weitgehend positiven Ergebnis über die Wirkungen, warnt aber vor einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten. Vgl. Klingebiel, Stefan & Rösler, Jacob (1998): *Hauptbericht zur Evaluierung 'EZ-Wirkungen in Konfliktsituationen', Fallstudie Sri Lanka*, BMZ, Referat 310: Bonn

⁸ Laut Weltbank betragen die Militärausgaben in den letzten Jahren jeweils 4-6 % des Bruttoinlandsproduktes, was in etwa dem Umfang der insgesamt geleisteten internationalen Entwicklungshilfe in diesen Jahren an Sri Lanka entsprach, vgl. Weltbank (2000): *Sri Lanka - Recapturing Missed Opportunities*. (Report No. 20430-CE), World Bank: Washington D.C.